WOCHE BIS FREITAG, DEN 11. JANUAR 2008

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2

Sinkflug 2

Internationale Aktienmärkte im Überblick 2

USA 3

Europa 3

Bank of England und Europäische Zentralbank drehen vorerst nicht an der Zinsschraube 3

Asiatisch-pazifischer Raum 4

STI runderneuert 5

Währungen 5

Indikatoren-Übersicht 6

Europa 6

Eurozone 6

EU 7

Deutschland 7

Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 9

Australien 9

Amerika 10

USA 10

Fazit und Ausblick 11

Vorausschau

14. Januar – 18. Januar 2008 11

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY

Sinkflug

Internationale Finanzmärkte
Die Aktienkurse fielen in der vergangenen Woche. Die Hypothekenkrise rückte erneut in den Vordergrund, als im Finanzsektor die ersten Unternehmen ihre Ergebnisse vorlegten und die schweren Verluste, über die bisher nur spekuliert worden waren, harte Realität wurden. Nur Shanghai Composite und Bolsa Index beendeten die Woche im Plus. Äußerungen von US-Notenbankchef Bernanke, der den Marktteilnehmern die Bereitschaft der Fed zu energischem Handeln zusicherte, brachten nur vorübergehend Erleichterung.

Die Anleger starteten genauso pessimistisch ins neue Jahr, wie sie das alte beendet hatten. Ihre Sorgen richten sich vor allem auf die Unternehmensgewinne, die Verteuerung und Verfügbarkeit von Krediten angesichts der Liquiditätsengpässe im Interbankengeschäft sowie die Frage, auf welches Niveau die Ausfallquoten bei Unternehmensanleihen 2008 wohl steigen werden. Auch die schwachen US-Arbeitsmarktzahlen für Dezember waren nicht geeignet, Befürchtungen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung in den USA zu dämpfen.

Die wachsenden Probleme für die Weltwirtschaft veranlassten risikoscheue Anleger zum Ausstieg aus Aktien, und der Goldpreis erreichte einen neuen Rekordstand. Japanische Aktien fielen auf den niedrigsten Stand seit November 2005, und die europäischen Märkte sanken auf das niedrigste Niveau seit 13 Monaten. Ängste vor einer Abschwächung des Konsums schienen sich zu bewahrheiten, als mehrere Einzelhändler ein geringeres Umsatzwachstum im Weihnachtsgeschäft meldeten.

Obwohl auch in der Eurozone ein Konjunkturrückgang zu verzeichnen ist, stand für die EZB die Inflation weiter im Vordergrund, und sie ließ die Zinsen am Donnerstag unverändert bei 4 %. Da auch in naher Zukunft nicht mit einer Zinssenkung zu rechnen ist, fand der Euro an den Devisenmärkten feste Unterstützung, besonders gegenüber dem Pfund, das unter enttäuschenden Konjunkturdaten in Großbritannien litt. Die Entscheidung der Bank of England, die Zinsen in Großbritannien bei 5,5 % zu lassen, gab dem Pfund kurzfristig etwas Auftrieb.

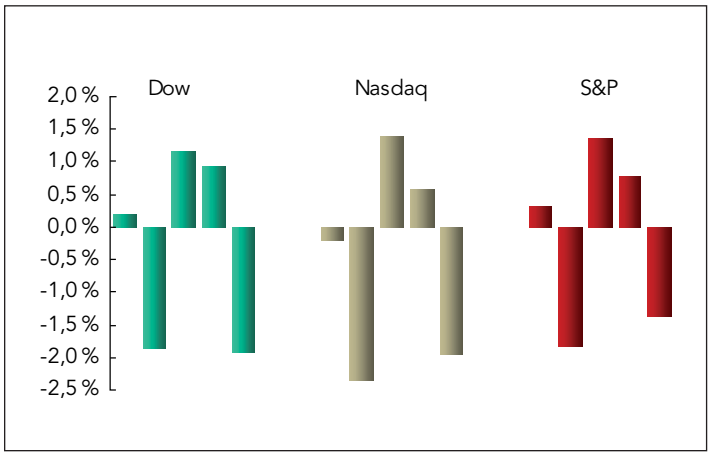
Internationale Aktienmärkte im Überblick

		2007	2008		Veränderung in %	
	Index	31. Dezember	4. Januar	11. Januar	Woche	Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	6.385,4	6.054,4	-5,2%	-5,7%
Japan	Nikkei 225	15.307,8	14.691,4	14.110,8	-4,0%	-7,8%
	Topix	1.475,7	1.411,9	1.377,6	-2,4%	-6,6%
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	27.519,7	26.867,0	-2,4%	-3,4%
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.863,9	1.782,3	-4,4%	-6,1%
Singapur	STI	3.482,3	3.437,8	3.287,3	-4,4%	-5,6%
Shanghai	Shanghai Composite	5.261,6	5.361,6	5.484,7	2,3%	4,2%
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	6.348,5	6.202,0	-2,3%	-3,9%
Frankreich	CAC	5.614,1	5.446,8	5.371,4	-1,4%	-4,3%
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	7.808,7	7.718,0	-1,2%	-4,3%
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	12.800,2	12.606,3	-1,5%	-5,0%
	NASDAQ	2.652,3	2.504,7	2.439,9	-2,6%	-8,0%
	S&P 500	1.468,4	1.411,6	1.401,0	-0,8%	-4,6%
Kanada	S&P/TSX Comp.	13.833,1	13.778,6	13.632,6	-1,1%	-1,4%
Mexiko	Bolsa	29.536,8	28.317,9	28.723,8	1,4%	-2,8%

USA

Die US-Börse verzeichnete ihr drittes negatives Wochenergebnis in Folge. Grund dafür war eine Kombination von Sorgen über die Konjunkturentwicklung – und besonders die Abschwächung des Konsums – und den Auswirkungen der Hypothekenkrise auf die Finanzinstitute. Der Dow büßte 1,5 % ein, der Nasdaq 2,6 % und der S&P 500 verzeichnete ein Minus von 0,8 %. Besonders schwer betroffen waren Kreditkartenunternehmen, nachdem ein großes Institut angekündigt hatte, es müsse eine Rückstellung für höhere Ausfälle und Kreditabschreibungen bilden. Selbst Fusionsmeldungen vermochten die Stimmung der Anleger nicht zu heben. Die Aufmerksamkeit richtete sich vielmehr auf die Verbraucherausgaben. Analysten zeigten sich beunruhigt darüber, dass die erschwerte Kreditvergabe den Konsum schwächen könne. Nachdem die Berichtssaison nun in vollem Gang ist, erwarten die Anleger weitere schlechte Nachrichten, besonders von Unternehmen des Finanzsektors. Aber wenigstens werden wir jetzt wohl endlich erfahren, wie groß die Verluste tatsächlich waren, die die Hypothekenkrise verursacht hat. Trotz der Versuche von US-Notenbankchef Bernanke, den Markt mit der Versicherung zu beruhigen, er sei zu weiteren Zinssenkungen bereit, um einen Konjunkturabschwung zu verhindern, fanden die Aktienkurse nur schwer Halt. Viele Anleger stellen die Frage, ob Zinssenkungen ausreichen werden.

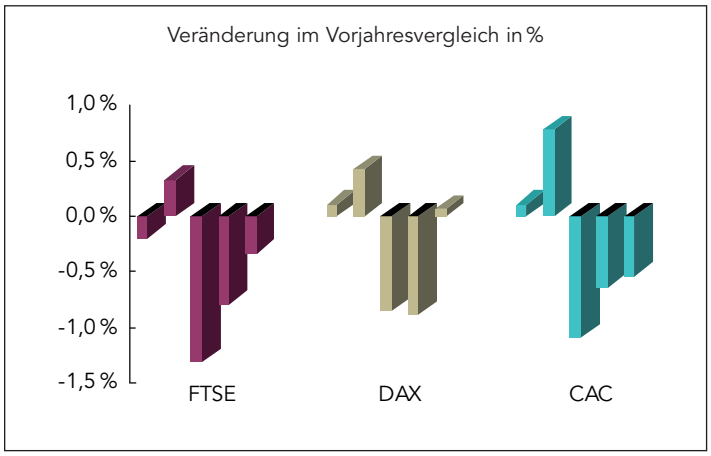
Die Woche an der US-Börse



Europa

Die europäischen Aktienmärkte verloren in der vergangenen Woche an Boden. Schwache Einzelhandelszahlen für Dezember und unerfreuliche Unternehmensergebnisse belasteten die Stimmung der Anleger. Die Verbraucher schienen nun doch auf die Bremse zu treten, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Gewinne wichtiger Einzelhandelsunternehmen. Die Analysten reagierten mit einer deutlichen Senkung der Gewinnprognosen. Betroffen waren auch Reiseveranstalter, die Gastronomie und Hausbauer. Sorgen über die US-Wirtschaft, die sich nie ganz legen, trugen ebenfalls zu der schlechten Stimmung bei. Im Wochenverlauf fielen der FTSE um 2,3 %, der CAC um 1,4 % und der DAX um 1,2 %.

FTSE, DAX und CAC

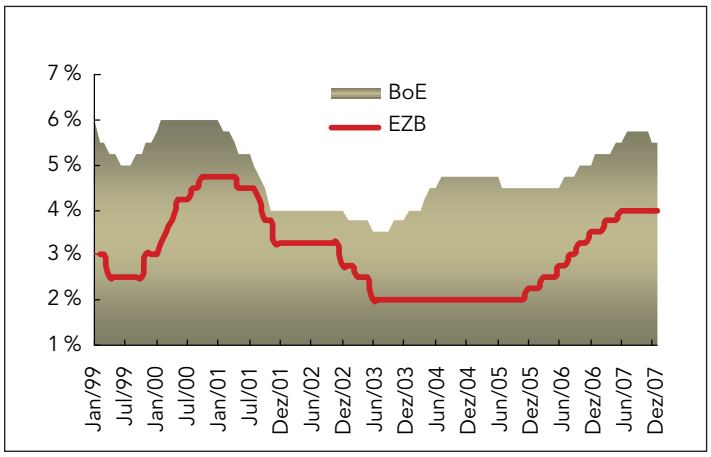


Bank of England und Europäische Zentralbank drehen vorerst nicht an der Zinsschraube

Wird sie oder wird sie nicht – das war die Frage der Woche unter Analysten, die das Pro und Kontra einer Zinssenkung der Bank of England gegeneinander abwägten. Am Ende ließ der geldpolitische Ausschuss den Leitzins unverändert bei 5,5 %. Der Ausschuss beobachtet weiterhin den Effekt der Zinssenkung vom Dezember im Licht des schwächeren Konsums und der Verschärfung des Abschwungs am Immobilienmarkt einerseits und der Inflationsentwicklung andererseits. Im Dezember war die Bank of England der US-Notenbank gefolgt und hatte ihren maßgeblichen Zinssatz als Reaktion auf den weltweiten sprunghaften Anstieg der Kreditkosten im Gefolge der Hypothekenkrise in den USA gesenkt.

Im Februar legt die Bank of England ihren nächsten vierteljährlichen Inflationsbericht vor, und dem geldpolitischen Ausschuss stehen dann aktuellere Informationen für seine Vorhersagen zur Verfügung. Nach wie vor sind die Zinsen in Großbritannien die höchsten innerhalb der G7-Staaten. Trotz des robusten Wachstums im dritten Quartal signalisieren neuere Daten, dass die britische Wirtschaft eventuell schneller an Fahrt verliert als bisher erwartet. Zum einen zeigen die Zinserhöhungen der Vergangenheit allmählich Wirkung, zum anderen beginnt die globale Liquiditätsknappheit negative Auswirkungen auf wichtige Wirtschaftsbereiche wie den Immobiliensektor zu haben. Die Bank of England hat ein Inflationsziel von 2 %, und die Verbraucherpreisinflation lag im November über diesem Wert.

Leitzinsen von EZB und Bank of England



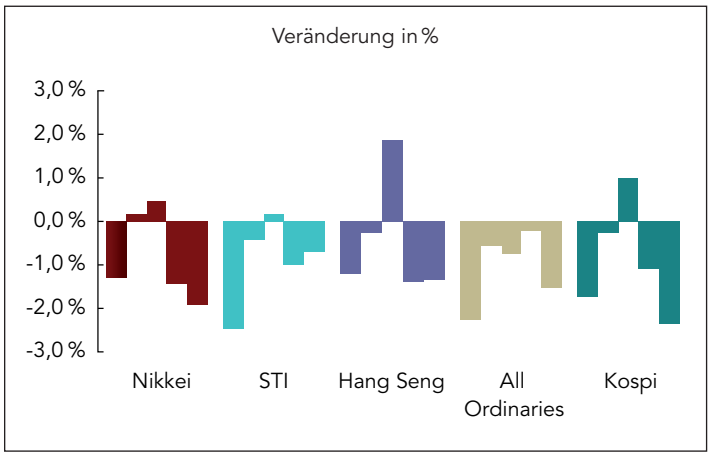
Die Europäische Zentralbank ließ ihren Leitzins wie allgemein erwartet im achten Monat in Folge unverändert bei 4 %. Die weltweite „Kreditklemme" zwang die EZB zur Verschiebung geplanter Zinserhöhungen, mit denen sie die Inflation bekämpfen will. Die Teuerungsrate ist auf 3,1 % gestiegen – angestrebt wird eine Rate von knapp unter 2 %. In der Pressekonferenz nach der Sitzung gab EZB-Präsident Trichet zu verstehen, die Zentralbank werde die Zinsen nicht senken und sie möglicherweise sogar anheben, um die Inflation einzudämmen – selbst bei einer Abschwächung der Konjunktur. Nach den Worten Trichets ist der EZB-Rat „bereit zu präventivem Handeln, damit Zweitrundeneffekte und Gefahren für die Preisstabilität nicht entstehen."

Die Mittelmeerinseln Zypern und Malta wohnten erstmals einer Sitzung des EZB-Rats bei, seit sie am 1. Januar der Währungsunion beigetreten waren.

Asiatisch-pazifischer Raum

Die asiatischen Aktienmärkte beendeten die erste nicht durch Feiertage verkürzte Handelswoche ungefähr in der gleichen Stimmung wie am Wochenanfang. Alle Indizes in der Region fielen, mit Ausnahme des Shanghai Composite, der ein Plus von 2,3 % verbuchen konnte. Der Nikkei setzte seine 2007 begonnene Talfahrt im neuen Jahr fort und notierte zum Wochenschluss auf dem niedrigsten Stand seit über zwei Jahren. Der Anstieg des Yen gegenüber dem Dollar und die wenig aufmunternden Äußerungen von Notenbankchef Fukui über die japanische Wirtschaft verstärkten die pessimistische Stimmung. Im Wochenverlauf fiel der Nikkei um 4 %. Der Topix beendete die Woche auf dem niedrigsten Stand seit Oktober 2005. Besonders hoch waren die Verluste von Exportwerten wie Autobauern und High-Tech-Titeln. Erhebliche Einbußen verzeichneten auch Immobilien-, Seetransport- und Bauaktien.

Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



Am Freitag gerieten die asiatischen Börsen unter starken Druck und beendeten die Woche deutlich im Minus. Auslöser waren Meldungen, wonach ein großes Finanzinstitut zur Abschreibung von Vermögenswerten im Umfang von rund 15 Mrd. $ – doppelt so viel wie zuvor angenommen – gezwungen ist. Wie man sich denken kann, erlitten Finanzwerte daraufhin erhebliche Einbußen.

Am 19. März endet die Amtszeit von Toshihiko Fukui als Vorsitzender der Bank of Japan. Der Notenbankchef bat das Parlament am Freitag, als Nachfolger eine Person zu wählen, die vier Voraussetzungen erfüllt. Demnach soll der neue Gouverneur von der Bedeutung der Stabilität der (japanischen) Währung überzeugt sein, ein gutes Gespür für internationale Politik haben, mit den Realitäten des Markts vertraut sein und die Fähigkeit besitzen, die Diskussionen im geldpolitischen Ausschuss zu leiten. In Kreisen von Politik und Wirtschaft wird die Regelung der Fukui-Nachfolge genau beobachtet. Da die Regierungskoalition bei den Wahlen im letzten Jahr ihre Mehrheit im Oberhaus verloren hat, wird erwartet, dass die Demokratische Partei als größte Oppositionspartei bei der Entscheidung mitreden darf. Zwar obliegt die Auswahl eines neuen Notenbank-Gouverneurs prinzipiell dem Kabinett, aber der Ernennung müssen anschließend beide Kammern des Parlaments zustimmen.

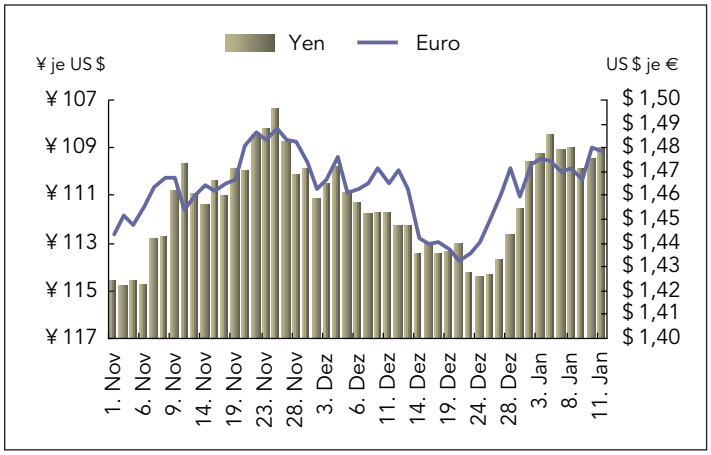
STI runderneuert

Der Straits Times Index wurde Mitte der Woche von der FTSE Straits Times Index Series als Barometer des singapurischen Aktienmarkts abgelöst. Es handelte sich um die größte den Leitindex betreffende Umstellung seit fast einem Jahrzehnt. Die Auswahl der im FTSE Straits Times vertretenen Aktien erfolgte auf Basis des in Streubesitz befindlichen Anteils und des Handelsvolumens.

Währungen

Der Yen tendierte fester, da viele Anleger angesichts der Probleme an den Aktienmärkten aus den sogenannten „Carry Trades" ausstiegen, bei denen Käufe riskanterer, höher rentierlicher Wertpapiere durch Schuldenaufnahme in Währungen mit niedrigem Zinsniveau wie dem Yen finanziert werden. Hintergrund waren neuerliche Verluste großer Finanzdienstleister im „Subprime"-Segment des US-Hypothekenmarkts. Die Märkte mögen keine Ungewissheit, und das wahre Ausmaß der Verluste der Banken auf Grund der Hypothekenkrise ist nicht bekannt.

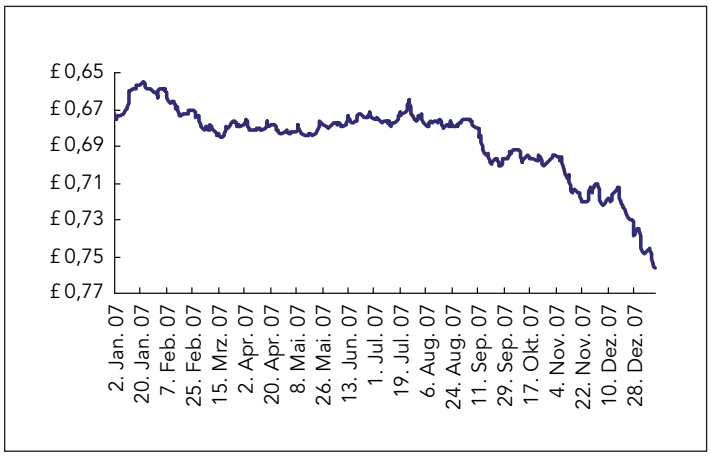
Yen fast unverändert, Euro fester



Der US-Dollar geriet in der vergangenen Woche unter Druck. Dahinter stand die Erwartung, dass die Zinsen in den USA sinken, im Euroraum dagegen unverändert bleiben oder möglicherweise steigen werden. Der Leitzins der Federal Reserve (Fed) liegt zurzeit bei 4,25 %, während die Zinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) 4,0 % betragen. Sollte der Offenmarktausschuss der Fed der Forderung der Marktteilnehmer nach einer Senkung um einen halben Prozentpunkt nachgeben, läge der Leitzins der US-Notenbank erstmals seit Oktober 2004 unter dem der EZB – damals betrug der Zinssatz beider Banken 2 %.

Das britische Pfund verlor sowohl gegenüber dem Dollar als auch gegenüber dem Euro an Boden. Am Mittwoch fiel es gegenüber dem Euro auf den niedrigsten Stand seit Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung im Jahr 1999 und im Verhältnis zum Dollar auf den niedrigsten Wert seit sechs Monaten. Schlechte Zahlen des britischen Einzelhandels hatten die Konjunktursorgen geschürt. Einen weiteren Rekordtiefstand erreichte das Pfund, als sich die ohnehin düstere Stimmung hinsichtlich der britischen Fertigungsbranche weiter verschlechterte. Dies konnte auch die Entscheidung der Bank of England (BoE), die Zinsen vorerst unverändert bei 5,5 % zu lassen und so das Pfund zu unterstützen, nicht verhindern.

Britisches Pfund auf Allzeittief gegenüber dem Euro



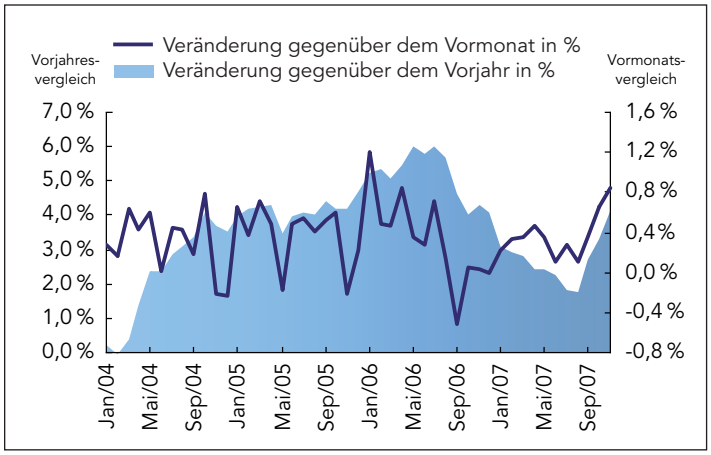
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

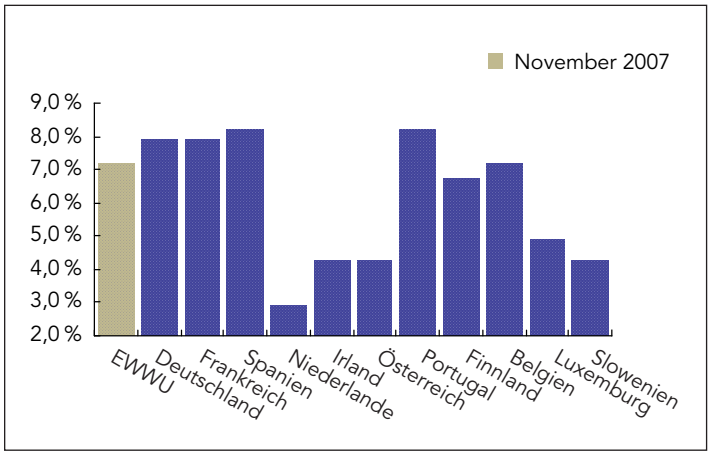
Die Erzeugerpreise stiegen im November um 0,8 % gegenüber Oktober und um 4,1 % im Vorjahresvergleich. Ursache war vor allem ein kräftiger Anstieg der Energiekosten und – in geringerem Maße – der Lebensmittelpreise. Den Währungshütern dürfte diese Entwicklung indessen weniger Probleme bereiten, als es anfänglich den Anschein hatte. Die Energiepreise stiegen allein im November um 3,2 % gegenüber dem Vormonat und um 7,8 % im Vergleich zum Vorjahr, nachdem sie im Oktober um 4,2 % gegenüber dem Vorjahr zugelegt hatten. Das war das deutlichste monatliche Plus seit Januar 2006 (3,9 %). Bei Ausklammerung der Energiekomponente erhöhte sich der Erzeugerpreisindex denn auch nur um 0,1 % und blieb im Vorjahresvergleich unverändert bei 3,2 %. Leichte Steigerungen gegenüber dem Vorjahr wurden bei langlebigen Konsumgütern (1,9 %) und Investitionsgütern (1,5 %) registriert.

Erzeugpreisindex steigt, angetrieben von Energiepreisen



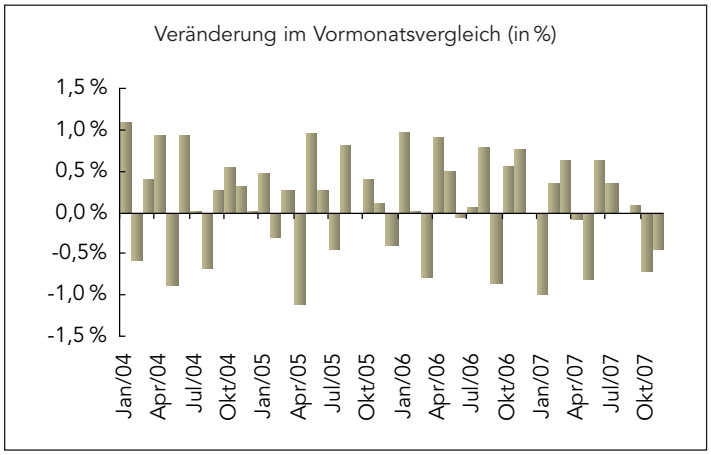
Die Arbeitslosenquote lag im November im zweiten Monat in Folge bei 7,2 %. Unterdessen betrug der Anteil der Arbeitslosen in den USA 4,7 % und in Japan 3,8 %. In Deutschland und Frankreich wurde ein Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnet, in Spanien dagegen ein Anstieg. Die niedrigste Arbeitslosenquote wurde in den Niederlanden registriert (2,9 %).

Arbeitslosigkeit in den EWWU-Mitgliedsstaaten



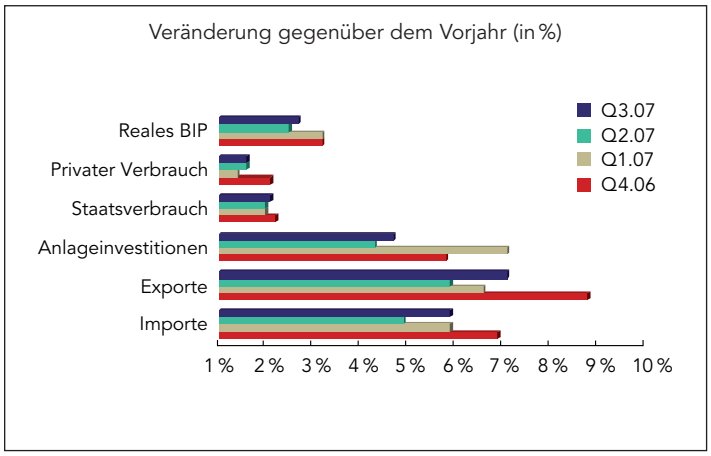
Die Umsätze im Einzelhandel sanken im November um 0,5 % im Vormonats- und um 1,4 % im Vorjahresvergleich. Bei Lebensmitteln betrug das Minus 0,4 %, im Non-Food-Bereich 0,6 %. Fünf der sieben Mitgliedsländer, deren Daten vorlagen, meldeten einen Umsatzrückgang. Besonders deutlich fiel das Minus in Belgien (-1,1 %), Portugal (-1,0 %), Slowenien (-0,8 %) und Frankreich (-0,6 %) aus. Nur in Luxemburg und Finnland konnte der Einzelhandel seinen Umsatz steigern (um 13,5 % beziehungsweise 0,9 %).

Einzelhandelsumsätze sinken im zweiten Monat in Folge



Das BIP-Wachstum im dritten Quartal wurde auf 0,8 % nach oben korrigiert – die bisherige Schätzung hatte auf 0,7 % gelautet. Hintergrund ist eine leichte Korrektur bei den Investitionen, die um 1,2 % stiegen, nachdem eine erste Schätzung von einer Zunahme um 0,9 % ausgegangen war. Gegenüber dem Vorjahr wuchs das BIP um 2,7 %. Die anderen wichtigen Komponenten auf der Ausgabenseite wurden geringfügig revidiert. Ein schwächeres Plus beim Export (2,2 % nach ursprünglich geschätzten 2,5 %) wurde durch eine Abwärtskorrektur des Importwachstums (von 2,7 % auf 2,6 %) ausgeglichen. Die Verbraucherausgaben stiegen gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % und die Staatsausgaben wie zuvor geschätzt um 0,6 %.

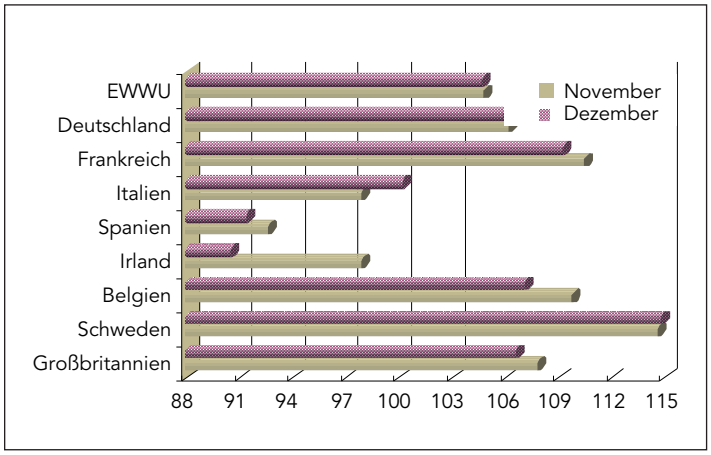
BIP-Wachstum zieht im dritten Quartal leicht an



EU

Das Geschäftsklima in der EU sank im Dezember nur leicht auf 104,7 Punkte, von 104,8 Punkten im November. Mit Ausnahme der Dienstleistungskomponente, die sich von 13 auf 14 Punkte verbesserte, wurden in allen Kategorien Rückgänge verzeichnet. Der Index für die Industrie sank von 3 auf 2 Punkte, während sich das Verbrauchervertrauen von -8 auf -9 Punkte verschlechterte. Die Komponente für den Einzelhandel fiel von 2 auf 1 Punkte, der Wert für den Bausektor von -4 auf -5 Punkte.

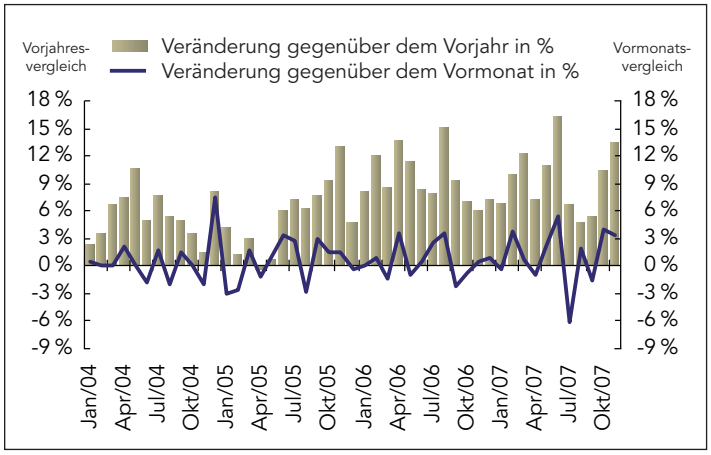
Stimmung im Dezember schlechter



Deutschland

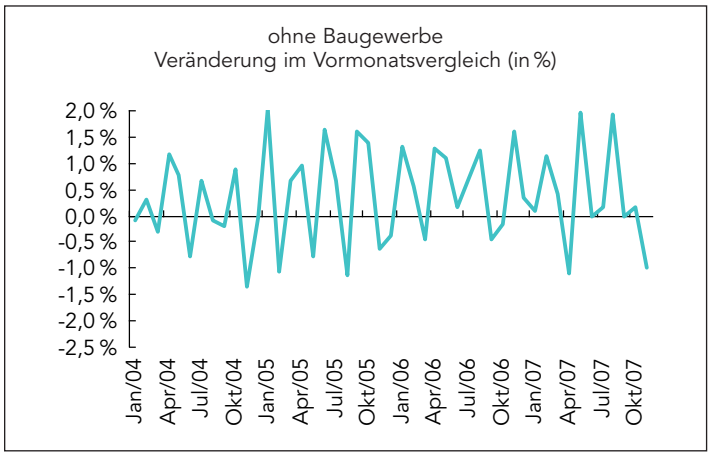
Die deutsche Industrie verbuchte im November ein kräftiges Auftragsplus von 3,4 % verglichen mit dem Vormonat und von 13,6 % gegenüber November 2006. Die Binnennachfrage wuchs deutlich um 4,2 % und die Exportnachfrage um solide 2,8 %. Unter den wichtigen Produktkategorien registrierte der Konsumgütersektor einen neuerlichen Nachfragerückgang (-1,1 %), während bei Basisgütern und Investitionsgütern kräftige Zuwächse verbucht wurden (4,3 % beziehungsweise 3,6 %).

Auftragseingänge in der Industrie steigen



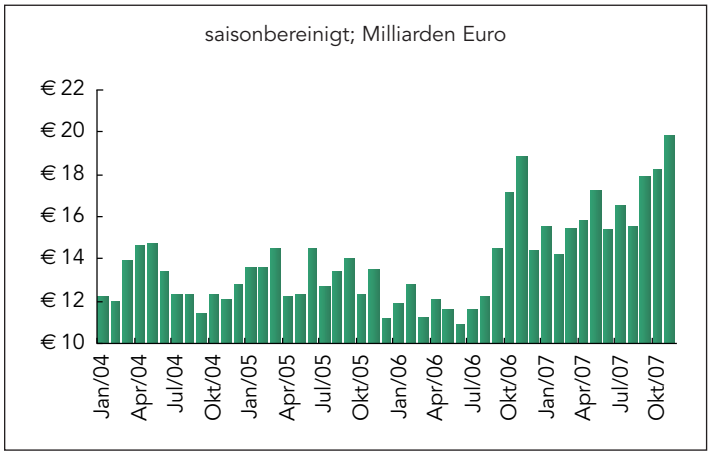
Die Industrieproduktion ging im November im Vergleich zum Vormonat um 0,9 % zurück, stieg jedoch gegenüber November 2006 um 3,5 %. Nach einer Reihe deutlicher Zunahmen überraschte ein Minus von 0,8 % im Investitionsgütersektor kaum. Beunruhigender waren die Rückgänge bei Basisgütern (-0,4 %), im Baugewerbe (-0,7 %), im Energiesektor (-1,6 %) und insbesondere im Bereich Konsumgüter (-2,3 %), wo die Produktion sowohl bei langlebigen als auch bei Verbrauchsgütern zurückging (-3,5 % beziehungsweise -2,3 %). Die Produktion langlebiger Güter hat die Auswirkungen der Mehrwehrsteuererhöhung zu Beginn des vergangenen Jahres nie wirklich überwunden und ist in fünf der letzten sechs Monate gesunken.

Industrieproduktion



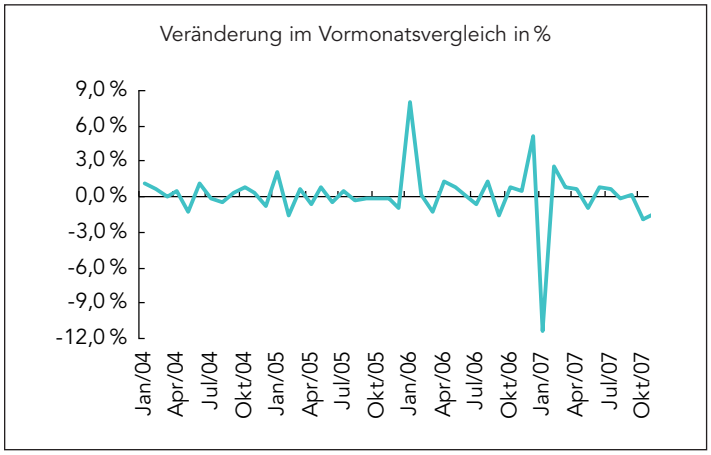
Der Warenhandelsüberschuss stieg im November auf 19,8 Mrd. €, nachdem er im September 18,9 Mrd. € betragen hatte. Die Ausfuhren sanken um 0,5 %, die Einfuhren um 3,0 %. Der Export in Länder außerhalb des Euroraums stieg in den ersten elf Monaten des letzten Jahres um fast 5 %, während der Import aus Nicht-EU-Ländern um 1,2 % abnahm.

Warenhandelsüberschuss



Der Umsatz des deutschen Einzelhandels (ohne Autos und Benzin) fiel im November um 1,3 % im Vormonats- und um 3,8 % im Vorjahresvergleich. Ein Umsatzplus wurde 2007 nur in zwei von elf Monaten verbucht. Insgesamt ging der Umsatz im November um 1,5 % gegenüber Oktober und um 5,6 % im Vorjahresvergleich zurück. Der Gesamtumsatz fiel 2007 in allen Monaten, für die Daten vorliegen.

Einzelhandelsumsätze sinken im November

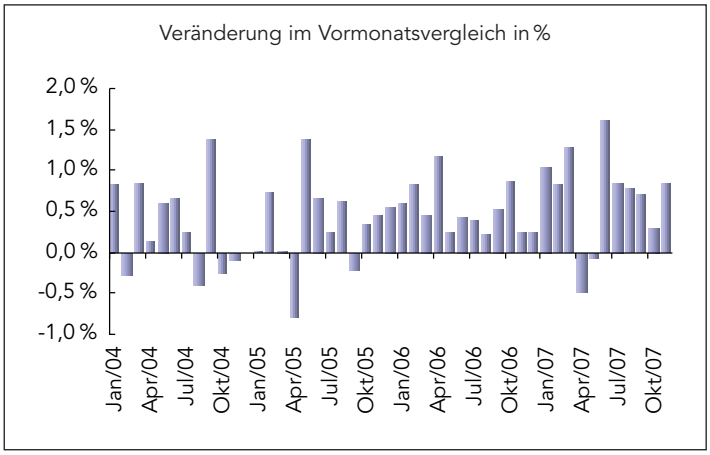


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Australien

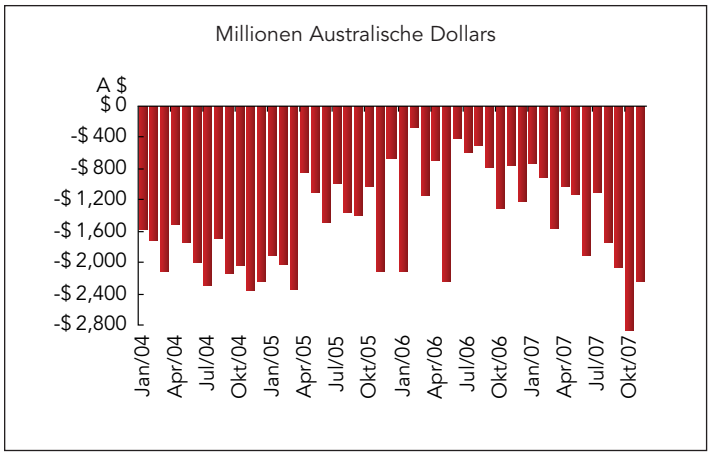
Der australische Einzelhandel verzeichnete im November ein unerwartet deutliches Umsatzplus von 0,8 % gegenüber Oktober und 8,1 % verglichen mit dem Vorjahr. Auch in der Vorweihnachtszeit und zum Jahresende zeigten sich die Verbraucher ausgabefreudig. Außer bei Freizeitartikeln (-1,7 %) wurden in allen Bereichen Umsatzsteigerungen verbucht. Im Bereich Hotellerie und Dienstleistungen stieg der Umsatz um 2 %, im sonstigen Einzelhandel um 1,8 %. Bei Bekleidung & Textilien wuchs der Umsatz gegenüber dem Vormonat um 0,9 %, bei Haushaltsgütern um 0,7 % und bei Lebensmitteln um 0,6 %, zum Teil bedingt durch höhere Lebensmittelpreise.

Einzelhandelsumsätze steigen im sechsten Monat in Folge



Das Warenhandelsdefizit betrug im November 2,254 Mrd. A$ – 609 Mio. A$ weniger als im Vormonat. Die Ausfuhren stiegen um 5,6 %, die Einfuhren um 1,8 %. Bei landwirtschaftlichen Produkten nahm der Export um 5 %, bei nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen um 7 % und bei sonstigen Gütern um 14 % zu. Beigetragen zu dem Exportplus haben die Kategorien Fleisch & Fleischzubereitungen (13 %), Wolle und Schaffelle (13 %) und Eisenerze & Mineralien sowie Metalle (jeweils 19 %). Der Import von Konsumgütern nahm um 4 % zu. Dabei stiegen die Einfuhren bei nichtgewerblichen Transportausrüstungen um 6 % und bei Lebensmitteln und Getränken um 9 %. Der Import von Investitionsgütern legte um 6 % zu – kräftige Zuwächse wurden vor allem bei Maschinen & Industrieausrüstungen (13 %) und bei gewerblichen Transportausrüstungen (15 %) verzeichnet.

Außenhandelsdefizit schrumpft

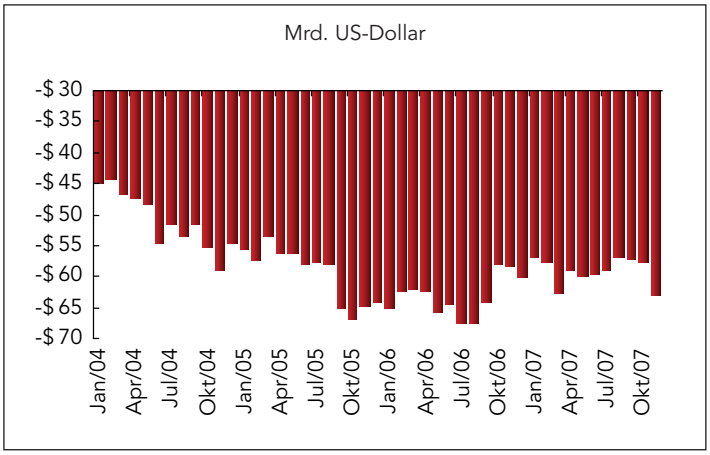


Amerika

USA

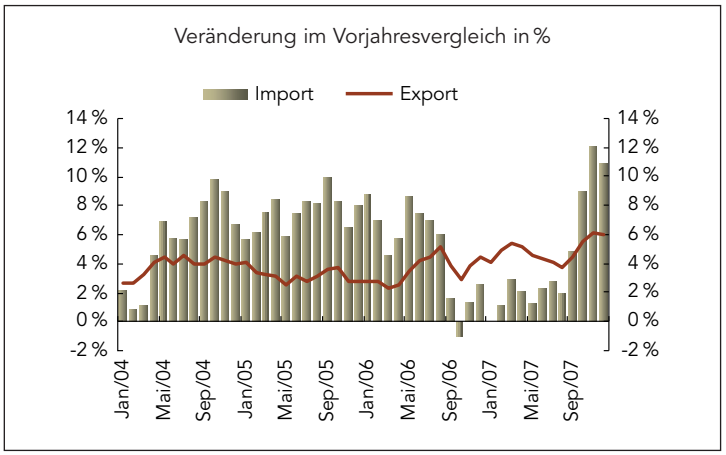
Das amerikanische Außenhandelsdefizit wuchs von 57,8 Mrd. $ im Oktober (revidierter Wert) auf 63,1 Mrd. $ im November. Das Wachstum der Einfuhren beschleunigte sich, während sich die Zunahme bei den Ausfuhren verringerte. Das Importvolumen stieg sowohl im Erdölbereich als auch bei Ausklammerung der Erdölkomponente. Das schwächere Exportwachstum war in erster Linie auf einen Rückgang bei Flugzeugen zurückzuführen. Das Warenhandelsdefizit (auf Basis unbereinigter Zolldaten) erhöhte sich unterdessen von 65,0 Mrd. $ im Oktober (revidierter Wert) auf 70,6 Mrd. $. Um Erdöl bereinigt wuchs das Defizit gegenüber dem Vormonat von 38,6 Mrd. $ auf 40,6 Mrd. $. Bei Öl wuchs das Außenhandelsdefizit gegenüber Oktober von 26,3 Mrd. $ auf den Rekordwert von 30,0 Mrd. $. Die Warenexporte legten, nach Endverbrauchskategorien betrachtet, bei Lebensmitteln & Getränken und bei Industriegütern zu. Den stärksten Rückgang verzeichnete der Bereich Investitionsgüter (ohne Autos und Konsumgüter). Eine Zunahme der Wareneinfuhren wurde vor allem bei Industriegütern registriert. So nahm der Import von Rohöl um 3,7 Mrd. $ zu. Auch beim Import von Lebensmitteln & Getränken, Investitionsgütern (ohne Autos), Konsumgütern und im Automobilbereich wurde ein Anstieg verzeichnet. Bilateral betrachtet schrumpfte das Defizit im Handel mit Kanada auf 4,7 Mrd. $, nachdem es im Oktober 5,4 Mrd. $ betragen hatte. Das Defizit gegenüber China verringerte sich von 25,9 Mrd. $ im Oktober auf 24,0 Mrd. $. Im Handel mit der EU ging das Defizit von 11,9 Mrd. $ im Oktober auf 10,4 Mrd. $ im November zurück.

Warenhandelsdefizit



Die Einfuhrpreise zeigten im Dezember keine Veränderung gegenüber dem Vormonat, stiegen jedoch im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 10,9 %. Der Anstieg gegenüber Dezember 2006 spiegelt die hohen Energiepreise, aber auch die gestiegenen Preise ausländischer Waren im Allgemeinen wider. Rechnet man die Erdölpreise heraus, stiegen die Importpreise um 0,3 % im Vormonats- und um 2,9 % im Vorjahresvergleich. Bei den Ausfuhrpreisen wurde ein Plus von 0,4 % im Vormonatsvergleich und von 6,0 % gegenüber Dezember 2006 verzeichnet. Bei Lebensmitteln und Getränken legten die Exportpreise gegenüber dem Vorjahr um 9,3 % zu – das ist der größte Preissprung außerhalb des Energiebereichs. Auch bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen stiegen die Ausfuhrpreise im Vorjahresvergleich erheblich (fast 25 %). Hintergrund ist die hohe Getreidenachfrage, die zum Teil mit der Ethanol-Produktion im Zusammenhang steht.

Import- und Exportpreise



Fazit und Ausblick

Die Bank of England und die Europäische Zentralbank ließen ihre Leitzinsen unverändert bei 5,5 % beziehungsweise 4,0 %. US-Dollar und britisches Pfund fielen im Wochenverlauf gegenüber dem Euro. In Kontinentaleuropa und Großbritannien enttäuschte die Industrieproduktion, während in Deutschland ein kräftiges Auftragsplus verzeichnet wurde. An den Finanzmärkten dauerte die Volatilität an. Die Berichtssaison hat begonnen und bringt neue Informationen über das Ausmaß der Verluste auf Grund der Hypothekenkrise.

In Großbritannien werden in dieser Woche wichtige Indikatoren veröffentlicht, darunter der Erzeuger- und der Verbraucherpreisindex sowie Beschäftigungsdaten einschließlich der Arbeitslosigkeit. In Deutschland wird der wichtige ZEW-Konjunkturbericht mit Spannung erwartet.

Vorausschau: 14. Januar – 18. Januar 2008

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht

Europa

14. Januar	EWWU	Industrieproduktion (November)
	Italien	Industrieproduktion (November)
	Großbritannien	Erzeugerpreisindex (Dezember)
15. Januar	Deutschland	ZEW-Konjunkturbericht (Januar)
	Großbritannien	Verbraucherpreisindex (Dezember)
16. Januar	EWWU	Harmonisierter Index der Verbraucherpreise (Dezember)
	Großbritannien	Arbeitsmarktbericht (Dezember)
17. Januar	EWWU	Warenhandel (November)
18. Januar	Italien	Warenhandel (November)
	Großbritannien	Einzelhandelsumsätze (Dezember)

Asiatisch-pazifischer Raum

16. Januar	Japan	Corporate Goods Price Index (Dezember)
17. Januar	Australien	Beschäftigung, Arbeitslosigkeit (Dezember)
18. Januar	Japan	Index für den tertiären Sektor (November)

Amerika

15. Januar	USA	Einzelhandelsumsätze (Dezember)
		Erzeugerpreisindex (Dezember)
		Lagerbestände (November)
16. Januar	USA	Verbraucherpreisindex (Dezember)
		Treasury International Capital (Internationale Finanzströme) (November)
		Industrieproduktion (Dezember)
17. Januar	USA	Baubeginne (Dezember)
		Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)
		Konjunkturbericht der Regionalnotenbank von Philadelphia (Januar)
18. Januar	Kanada	Herstellerumsätze (November)
	USA	Verbraucherstimmung (Januar, vorläufig)